

TRIESEN

**Kleinwasserkraftwerk:
Gemeinde will Alleineigentum**

TRIESEN – Einstimmig hat der Triesner Gemeinderat beschlossen, den Liechtensteinischen Kraftwerken im Zusammenhang mit dem Kleinwasserkraftwerk Letzana im Hinblick auf die Fortsetzung der bereits aufgenommenen Übernahmeverhandlungen durch die Gemeinde folgendes mitzuteilen: Der Gemeinderat bevorzugt den Erwerb der sich im Besitz der LKW befindlichen Anlagen zu Alleineigentum und die alleinige Inhaberschaft der entsprechenden Rechte, insbesondere der Wasserrechte. Des Weiteren ist der Gemeinderat bereit, die LKW als Betreiberin zu Konkurrenzpreisen für einen befristeten Zeitraum von 20 Jahren einzusetzen und für dieselbe Zeitspanne auf den Vertrieb des Stroms zu verzichten.

Kindertagesstätte

Der Gemeinderat stellt den Kindertagesstätten Liechtenstein (KITA) die Wohnung im 2. Obergeschoss zur Verfügung. Er stimmt dem vorgeschlagenen Erschliessungskonzept zu. Die entsprechenden Anpassungsarbeiten sind vorzunehmen.

Rastplatz wird aufgelöst

Einstimmig hat der Gemeinderat beschlossen, den Rastplatz an der Landstrasse südlich des Gartenschhofes aufzulösen respektive nicht wiederinstandzusetzen.

Blumenau: Neues Garderobengebäude

Am 10. März wird mit dem Bau des neuen Garderobengebäudes auf dem Sportplatz Blumenau begonnen. Das Gebäude soll im kommenden Dezember bezugsbereit sein. Der Betrieb auf der Sportanlage kann während der gesamten Bauzeit mit wenigen Ausnahmen aufrechterhalten werden, da die Baustellenerschliessung nördlich des bestehenden Trainingsplatzes erfolgt.

«EHRE DEM ALTER»

**Gemütlicher Nachmittag im
St. Martinsheim in Eschen**

SCHELLENBERG – Bereits zur Tradition gehören Veranstaltungen im St. Martinsheim in Eschen an welcher Vereine für ein paar unbeschwerte und unterhaltsame Stunden für die Heimbewohner sorgen. Unter dem Patronat der Gemeinde Schellenberg hat das Organisationskomitee «Ehre dem Alter» die Organisation dieses Nachmittags übernommen. Der Gesangsverein Kirchenchor Schellenberg erklärte sich spontan bereit, den Nachmittag gesanglich zu gestalten. Mit lustigen und unbeschwerten Liedern wurde so den Heimbewohnern ein unvergesslicher Nachmittag beschert.

Die Heimleitung konnte dann auch Vertreter der Gemeinde, Vorsteher Norman Wohlwend, Vizevorsteherin Roswitha Goop sowie die Gemeinderäte Sandra Müller sowie Marianne Hasler seitens der Gemeinde begrüßen. Vorsteher Norman Wohlwend richtete dann auch einige Grussworte an die Heimbewohner und konnte so die Verbundenheit besonders auch den Schellenberger Heimbewohnern zum Ausdruck bringen. Für das leibliche Wohl war bestens gesorgt und so vergingen die Stunden in angeregtem Gespräch und Gesang für alle nur allzu schnell dahin. Mit einem währschafent «Znacht» für die Organisationsverantwortlichen, die Gemeindevertretung sowie für den Vorstand des Gesangsvereins wurde ein schöner und für alle unvergesslicher Anlass im St. Martinsheim in Eschen beendet. (Eing.)

«Regierung nimmt klar Stellung»

Regierungschef Otmar Hasler zur Nichtteilnahme an der Verfassungsarena

VADUZ – «Die Regierung hat sich wiederholt der Diskussion gestellt»: Das sagt Regierungschef Otmar Hasler zu der im Vorfeld der gestrigen Verfassungsarena geäußerten Kritik (s. Vaterland vom Samstag) bezüglich des Fernbleibens der Regierung an dieser Veranstaltung.

• Martin Frommelt

Volksblatt: Warum hat die Regierung nicht an der gestrigen Verfassungsarena über die Initiative Verfassungsfrieden teilgenommen?

Otmar Hasler: Primäre Aufgabe der Regierung ist es, sicherzustellen, dass die Bevölkerung umfassend über die beiden Initiativen informiert wird, dass sie sowohl befürwortende wie ablehnende Stellungnahmen zur Kenntnis nehmen kann. Wichtig ist, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausgewogen informieren können. Die Regierung wird deshalb nebst der Abstimmungsbroschüre und den dazu gehörigen Unterlagen drei Sendungen auf dem Landeskanaal anbieten. In je einer Sendung können die Initianten ihre jeweilige Initiative vorstellen und werden sich den Fragen zweier Journalisten zu stellen haben. In einer Sendung werden Befürworter und Gegner der Initiativen ihre Argumente darlegen und diskutieren können.

Warum hat dann die Regierung aber an der kontradiktorischen Diskussion über die Initiative des Fürstenhauses teilgenommen, während sie nun bei der anderen Initiative abseits geblieben ist?

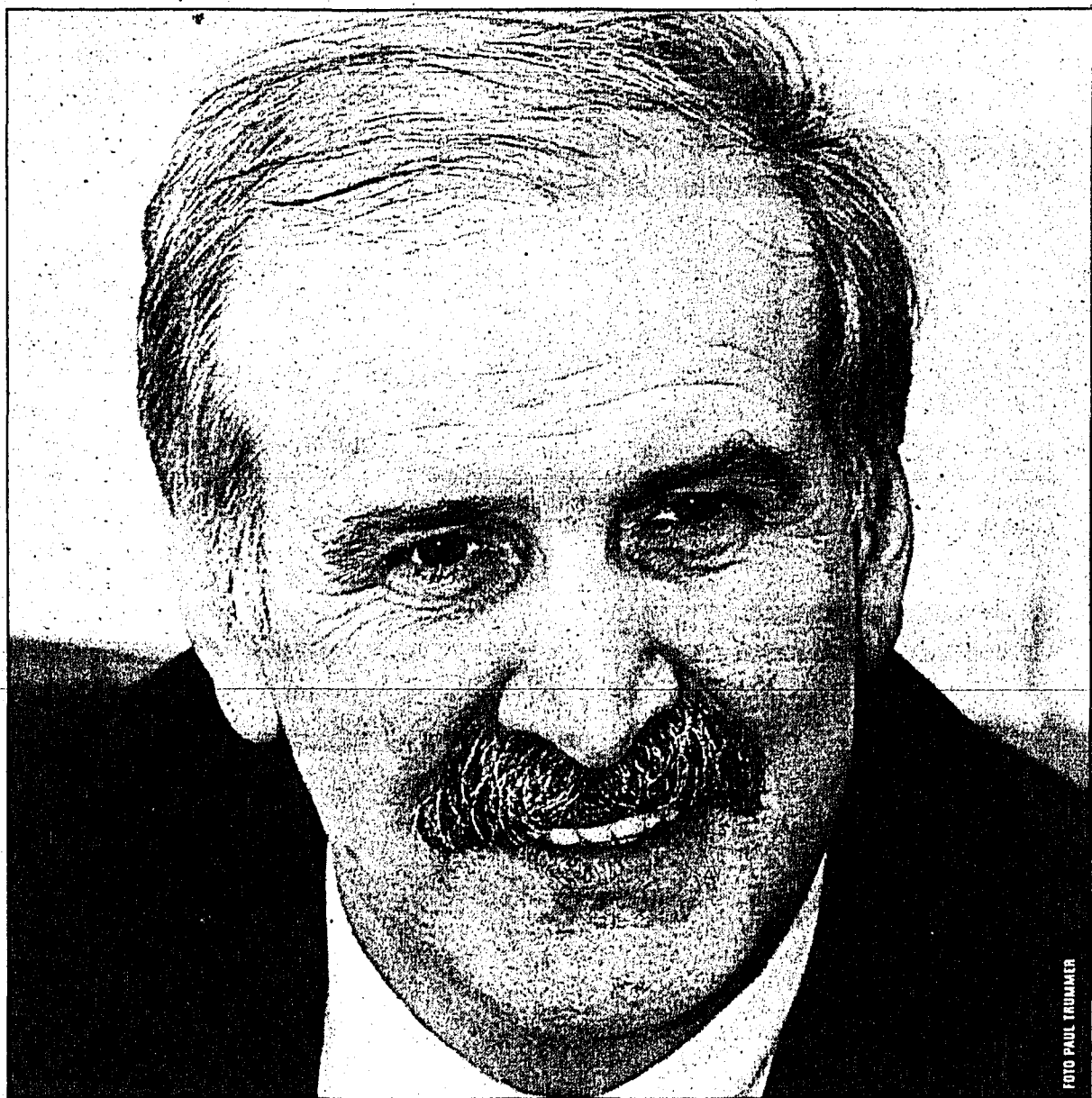
Die Regierung hat an der Verfassungsinitiative S.D. des Landesfürsten und des Erbprinzen mitgewirkt. Die Regierung hat zum Ergebnis, das in Form dieser Initiative vorliegt, in Verhandlungsgesprächen aktiv beigetragen. Sie hat deshalb an der kontradiktorischen Veranstaltung teilgenommen. Sie empfiehlt denn auch diese Initiative den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Annahme.

Seltens des VU-Generalsekretärs wurde gesagt, es sei ein Zeichen von Führungsschwäche der Regierung, dass sie ihre Meinung in der Verfassungsarena nicht kund tue; es könne nicht sein, dass die Führung eines Staates in einer so wichtigen Angelegenheit keine Meinung habe: Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Die Meinung der Regierung ist hinlänglich bekannt. Das weiss hoffentlich auch Herr Kranz. Sowohl im Landtag als auch in öffentlichen Veranstaltungen hat die Regierung ihre klare Linie immer klar vertreten. Sie wird auch an der kontradiktorischen Sendung am Landeskanaal teilnehmen und darin ihre klare Haltung vertreten.

**REGIERUNG VER-
TRITT KLARE LINIE**

Dazu kommt, dass die Inhalte der beiden Initiativen in den liechtensteinischen Medien sehr ausführlich dargestellt worden sind. Die Bevölkerung kann sich durchaus ein Bild über die Initiativen



«Die Meinung der Regierung ist hinlänglich bekannt»: Regierungschef Otmar Hasler zum Vorwurf, die Meinung der Regierung zur Initiative Verfassungsfrieden sei nicht bekannt.

machen. Mit den Fernsehsendungen wird sich die Bevölkerung auch noch ein Bild über die Akteure der liechtensteinischen Verfassungsdiskussion machen können. Der Regierung Führungsschwäche vorzuwerfen, weil sie nicht an allen Veranstaltungen über die Verfassungsinitiativen auftritt, ist deshalb nicht nachvollziehbar.

Seltens der Organisatoren der Verfassungsarena wurde moniert, man hätte keine Aussage der Regierung, wie sie zu den einzelnen Vorschlägen der Initiative Verfassungsfrieden stehe?

Die Regierung hat immer darauf hingewiesen, dass in unserem dua-

**INITIATIVE WIDER-
SPRICHT SYSTEM**

len Verfassungssystem das Zusammenwirken der beiden Träger der Staatsgewalt zur Abänderung der Verfassung notwendig ist. Dieses Wesenselement, diese Voraussetzung für die Änderung der Verfassung erfüllt die Initiative «Verfassungsfrieden» nicht. Aus diesem Grunde geht es nicht darum, wie die Regierung zu einzelnen Vorschlägen der beiden Initiativen steht, sondern darum, welche Initiative diese Voraussetzung erfüllt. Und das hat die Regierung ausführlich begründet.

Die Organisatoren der Verfassungsarena äusserten die Ansicht, der Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung sei noch keineswegs abgeschlossen; der Inhalt der Fürsteninitiative sei zwar weitgehend bekannt, bei der Initiative Verfassungsfrieden sei dies jedoch noch nicht der Fall...

Wie in keinem anderen vergleichbaren Land sonst wird über

Initiativen so breit diskutiert und so umfassend informiert wie bei uns. Die Medien haben bis jetzt in dieser Beziehung sehr gute Arbeit geleistet. Ich bin überzeugt, dass die Inhalte der Initiative Verfassungsfrieden bekannt sind. Die Initianten bekommen ja in einer Fernsehsendung noch einmal Gelegenheit, ihre Initiative der Öffentlichkeit darzustellen. So bleibt den Initianten noch genügend Zeit, um die wenigen, aber bedeutenden Änderungsvorschläge in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Regierung sieht es nicht als ihre Aufgabe an, diese Arbeit für die Initianten zu leisten, zumal sie ja die Initiative des Fürstenhauses zur Annahme empfiehlt.

Seltens der Freien Liste wurde die Meinung vertreten, die Regierung bewege sich am Rande der demokratischen Legitimation, wenn sie sich der öffentlichen Diskussion über eine Volksinitiative nicht stelle...

Ich kann diese Meinung nicht nachvollziehen. Die Regierung hat sich wiederholt der Diskussion gestellt. Die Initiative ist im Land-

**«REGIERUNG LÄSST
SICH AGENDA NICHT
VORSCHREIBEN»**

tag diskutiert worden, sie wird in der Öffentlichkeit diskutiert und sie wird am Landeskanaal diskutiert werden. Auch die Freie Liste kann der Regierung nicht ihre Agenda vorschreiben. Nur weil die Regierung an einer bestimmten Veranstaltung nicht teilnimmt, solche Töne anzuschlagen, ist unverständlich.

Seltens der Freien Liste stört man sich offensichtlich daran, dass bei der Fürsteninitiative von

einem echten Kompromiss gesprochen wird. Dieser Kompromiss sei nur in den von der FDP dominierten Gremien erreicht worden, alle anderen seien jedoch von der Erarbeitung des Kompromisses ausgeschlossen gewesen...

Dazu lässt sich folgendes sagen: Niemand war von der Diskussion ausgeschlossen. Kommt hinzu, dass der Landtag in der Sitzung vom 20./22. Dezember 2001 die ent-

**«NIEMAND WAR
AUSGESCHLOSSEN»**

sprechende Landtagskommission eingesetzt hat, die von Vertretern der beiden Fraktionen besetzt wurde. Die Vertreter der Freien Liste hat sich nicht für diese Kommission vorgeschlagen und konnte deshalb nicht in die Kommission gewählt werden. Die Kommission hat wesentlich zur Erreichung des Kompromisses beigetragen.

Welche Rolle spielt denn die Regierung beim Abstimmungskampf?

Die wichtigste Aufgabe der Regierung besteht darin, dafür zu sorgen, dass ein fairer Abstimmungskampf stattfinden kann, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Zugang zu allen relevanten Abstimmungsunterlagen haben, dass sie sich umfassend informieren können, dass sie sich eine eigene Meinung bilden können. Die Regierung hat auch alles daran gesetzt, dass die Initiativen bereits am 14. und 16. März 2003 zur Abstimmung kommen, sodass die Auseinandersetzung um die Verfassungsreform bald beendet werden kann und das Land sich tatkräftig den Zukunftsaufgaben widmen kann.